

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!

Präsident Veit Sorger, Industriellenvereinigung

**„EU-Strategie für Wachstum und Beschäftigung: Die Rolle der europäischen
Unternehmerverbände“
Südtiroler Unternehmerverband
60-Jahr-Feier
Meran, 11.7.2005**

*Sehr geehrter Herr Landeshauptmann,
sehr geehrte Herren Präsidenten,
meine sehr verehrten Festgäste,*

Als mich Präsident Oberrauch voriges Jahr eingeladen hat, heute zu Ihnen zu kommen und einen Vortrag zu halten, habe ich sehr gerne und ohne Zögern zugesagt. Es freut mich immer sehr, wenn ich in das schöne Südtirol kommen kann und ganz besonders nach Meran! Lassen Sie mich aber, bevor ich zu meinem Vortrag komme, dem Verband und somit Ihnen – lieber Herr Präsident – recht herzlich zu dieser Erfolgsgeschichte gratulieren: 60 Jahre Unternehmerverband Südtirol! Damit sind Sie meinem Verband, der österreichischen Industriellenvereinigung, sogar fast 1 Jahr voraus. Die Industriellenvereinigung geht zwar auf das Jahr 1862 zurück, wurde aber in ihrer jetzigen Form erst nach dem 2. Weltkrieg im Jahr 1946 wieder gegründet und somit werden wir erst kommenden Jahr 60 Jahre alt.

Meine Damen und Herren, diese letzten 60 Jahre waren in der Geschichte unseres Kontinents einzigartig. Wir erlebten nach vielen Jahrhunderten blutiger Auseinandersetzungen 60 Jahre Frieden, Stabilität und Aufbau von Wohlstand! Und das verdanken wir einzig und allein der politischen Integration und dem Zusammenwachsen in Europa: von der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zur Europäischen Union. Wir haben heute einen gemeinsamen Wirtschaftsraum mit 25 Mitgliedsländern und 460 Millionen Einwohnern. Wir haben eine gemeinsame Währung! Kaum jemand hätte wohl an so eine Entwicklung vor 60 Jahren geglaubt.

Und wer hätte noch vor einigen Jahren gedacht, dass wir innerhalb Europas ohne Grenzen reisen könnten? Ich erinnere mich noch gut daran, wie wir Österreicher bei Reisen nach Südtirol eine Grenze passieren mussten, mit den damit verbundenen Kontrollen und dem obligaten Stau am Brenner. Meistens waren es sogar 3 Grenzkontrollen, da wir aus Wien kommend ja das sogenannte „kleine deutsche Eck“ passieren mussten.

Wer hätte noch vor 20 Jahren gedacht, dass der Eiserne Vorhang einmal fallen würde und wir in Österreich aber auch Sie in Südtirol von der äußeren Grenze des freien demokratischen Europas ins Zentrum wandern, ins Herz Europas, wie Sie es – Herr Präsident Oberrauch – soeben so treffend bezeichnet haben.

Das friedliche Zusammenwachsen Europas und die Europäische Union sind eine einzigartige Erfolgsgeschichte, die unserem Kontinent Frieden, politische Stabilität und Wohlstand gebracht haben; das sollten wir uns immer wieder in Erinnerung rufen, gerade in diesen Tagen. Denn Europa steckt derzeit in einer Krise, in einer politischen und wirtschaftlichen. Und ich glaube es ist zwar keine lebensbedrohliche Krise, aber

eine ernsthafte, vor der wir nicht die Augen verschließen dürfen. Der negative Ausgang der Referenden zur EU-Verfassung in Frankreich und Holland und die Sistierung des Ratifikationsprozesses sind ein herber Rückschlag für das europäische Projekt. Diese Tatsache klein zu reden und mit „Business as usual“ zu beantworten, wäre ein großer Fehler.

Die Gründe für die Ablehnung sind zahlreich und zu einem guten Teil dem Versagen der nationalen Politik – keineswegs nur in den beiden Ländern – zuzuschreiben. Drei Ursachen scheinen im Vordergrund zu stehen:

- das Fehlen einer plausiblen Vision für Europa und seine Grenzen, die durch europäisch gesinnte, politische Persönlichkeiten getragen und vermittelt werden. Und damit in engem Zusammenhang der Missbrauch der europäischen Politik für rein nationale Zielsetzungen;
- ganz generell das Unbehagen der Menschen gegenüber Globalisierung und dem immer rascher werdenden Wettbewerbs- und Veränderungsdruck;
- vor allem aber hat die Tatsache, dass zentrale wirtschaftliche Ziele wie Wachstum und niedrige Arbeitslosenrate massiv verfehlt wurden, das Vertrauen der Bürger in das Europäische Projekt und die dafür verantwortliche Politik erheblich beschädigt.

Jede Krise – meine Damen und Herren – stellt aber auch eine Chance für ein Umdenken und eine Neuorientierung dar. Es muss den europäischen Bürgern signalisiert werden, dass ihre Ängste und Vorbehalte ernst genommen werden, gleichzeitig muss durch eine transparente und ehrlichere Politik Verständnis für das Europäische Projekt geschaffen und das verloren gegangene Vertrauen wieder gewonnen werden.

Derzeit ist jedoch noch nicht Land in Sicht, es herrscht eher Ratlosigkeit bei den europäischen Politikern, wie man weitermachen soll, das hat auch ganz deutlich der gründlich misslungene EU-Gipfel im Juni gezeigt. Das Dilemma um die EU-Verfassung hat einen Richtungsstreit um die Zukunft Europas vom Zaun gebrochen. Im Zentrum steht jedoch mittlerweile nicht mehr die EU-Verfassung selbst, sondern vielmehr die für die Zukunft alles entscheidende Frage: „Wie soll Europa auf die Globalisierung, den steigenden Wettbewerbsdruck und den damit einhergehenden Druck auf die Arbeitsplätze reagieren?“ Kurzum, wie kann das Rezept ausschauen, um Europas Wohlstand und unser Sozialmodell im Zeitalter der Globalisierung zu erhalten?

Zwei politische Lager stehen sich gegenüber

- Die eine Gruppe, die zurück zu einem „starken Staat“ will, der protektionistische Grenzen gegen Druck und Wettbewerb von außen errichtet und das Rad bezüglich Markt, Wettbewerb und Liberalisierung wieder zurückdreht.
- Sowie die andere Gruppe, die Europa wirtschaftlich und politisch durch Umsetzung notwendiger Reformen stärken will, um es für den globalen Wettbewerb fit zu machen und um die Chancen der Globalisierung im positiven Sinne für Europa nutzbar zu machen.

Wo wir als Industrie- und Unternehmerverband in dieser Debatte stehen, ist eindeutig und klar, und damit meine ich nicht nur uns als Industriellenvereinigung, sondern auch

unseren europäischen Industrie- und Arbeitgeberdachverband UNICE sowie alle nationalen UNICE-Mitgliedsverbände wie etwa auch die Confindustria:

Unsere feste Überzeugung ist → Europa darf unter keinen Umständen wegen der Probleme um die EU-Verfassung in politische Lethargie verfallen. Aus den Verfassungsreferenden und der weithin wahrnehmbaren Stimmung bei Europas Bürgerinnen und Bürgern dürfen nicht die falschen Schlüsse gezogen werden. Es wäre ein fataler Fehler und höchst kontraproduktiv für Europas Beschäftigung und Wachstum, nun das Heil in einem neuen Protektionismus oder im Nachlassen bei notwendigen Reformen zu suchen. Europa muss vielmehr unbeirrt an Maßnahmen und Reformen zur Stärkung von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung festhalten. Das ist jetzt wichtiger als je zuvor, gerade als Antwort auf die Krise. Nur ein starkes Europa, das Arbeit und soziale Sicherheit unter den Bedingungen der Globalisierung bieten kann, wird die Bürger wieder mit dem Integrationsprojekt Europa versöhnen können.

Und die Europäische Union ist unverändert das beste Instrument zur Bewältigung der Herausforderungen der Globalisierung. Die politische wie wirtschaftliche Krise der EU bedarf daher einer politischen Antwort und einer eindeutigen Strategie für die Zukunft Europas im globalen Zeitalter.

Und noch etwas: den Globalisierungsgegnern muss eines ins Stammbuch geschrieben werden: Dagegen sein ist gut und schön, nur ändert es nichts an der globalen Entwicklung. Wer verlangt, dass wir das Tempo drosseln bzw. uns gegen die Globalisierung einigeln, vergisst dabei, dass es nicht wir Europäer sind, die den globalen Takt vorgeben. Das Tempo wird bestimmt durch die Entwicklungen in Ländern wie China, Indien und Amerika. Natürlich könnten wir versuchen, in Europa Schutzwälle zu errichten und uns in Protektionismus zu üben bzw. das Tempo der Anpassung zu drosseln. Die Konsequenz wäre aber nicht eine Änderung der globalen Entwicklung, sondern über kurz oder lang gravierende Wohlstandsverluste auf unserem Kontinent. Wenn die Europäischen Nationen, angesichts dieser immensen Herausforderungen, sich zusammenkuscheln und davor zurückschrecken, sich dem Wandel rings um uns zu stellen, wenn sie sich in Abschottung und Einigelung genügen, dann werden wir als Europa in wirtschaftliche Mittelklasse und in die politische Bedeutungslosigkeit abrutschen.

Analysen der wirtschaftlichen Probleme in Europa, insbesondere des schwachen Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums, gibt es sehr viele, von unterschiedlicher Qualität zwar, aber einige ausgezeichnete sind dabei. Es bedarf also keiner neuen umfassenden Expertenanalysen und Think Tank Studien, um die strukturellen und wirtschaftspolitischen Defizite aufzuzeigen, man kann mit gutem Gewissen auf Bestehendes zurückgreifen.

Was jedoch fehlt ist eine konsequente und nachhaltige Umsetzung, sowohl auf EU-Ebene als auch in den Mitgliedstaaten. Das war auch die Schlüsselbotschaft beim EU-Gipfel zur Halbzeitbewertung der Lissabonstrategie im März dieses Jahres. Notwendige Maßnahmen und Reformen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Modernisierung der Arbeitsmärkte und Sozialsysteme sind beschleunigt umzusetzen.

Nicht alles, aber sehr vieles, was Premierminister Tony Blair dazu in seiner Rede im Europäischen Parlament zum Start der britischen EU-Präsidentschaft gesagt hat, halten wir für grundrichtig. Blair hat vielleicht am deutlichsten von allen EU-Regierungschefs

erkannt, dass Europa eine neue politische Agenda des Wandels und der Modernisierung braucht:

- Wir brauchen in Europa eine Modernisierung der Arbeitsmärkte und unseres Sozialmodells: Wir brauchen keine weiteren Regulierungen und starre Arbeitsplatz-Schutzregelungen, die einige Jobs für den Moment schützen, auf Kosten von vielen Jobs in der Zukunft. Ziel des Sozialmodells sollte es sein, unsere Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und den Menschen zu helfen, mit der Globalisierung zurechtzukommen.
- Wir brauchen eine stärkere Ausrichtung unserer Haushalte, sowohl der nationalen wie auch des EU-Budgets, auf die Herausforderungen der Zukunft, das heißt, also mehr Mittel für Forschung und Entwicklung, Innovation, Bildung und Infrastruktur.
- Wir brauchen generell eine bessere Implementierung der Lissabon-Agenda: Durch Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit mit klarem Focus auf Wachstum und Beschäftigung und einem drastischen Abbau von bürokratischen Fesseln für die Unternehmen. Die Lissabonstrategie hat uns klar gesagt, was zu tun ist. Wir müssen es in den Mitgliedstaaten und auf Brüsseler Ebene einfach tun.
- Und wir dürfen vor allem auch die EU-Erweiterung um die 10 neuen Länder nicht als Bedrohung empfinden und als Nullsummenspiel, bei dem die neuen Länder das gewinnen, was die alten verlieren, sondern als außergewöhnliche Chance, eine größere und stärkere Union zu schaffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wir Unternehmerinnen und Unternehmer tragen eine große Verantwortung, wenn es darum geht, Europa wieder auf wirtschaftlichen Erfolgskurs zu führen. Nicht nur durch unsere eigenen unternehmerischen Aktivitäten, sondern auch wenn es darum geht, unsere nationalen Regierungen dazu zu drängen, die notwendigen Reformen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in Angriff zu nehmen. Auf Ebene unseres europäischen Dachverbandes UNICE haben wir das im Herbst letzten Jahres zu unserem obersten Leitprinzip erhoben. Der Anstoß kam von Präsident Montezemolo bei unserem UNICE-Präsidentenrat in Den Haag: jeder nationale Industrie- und Arbeitgeberverband ist aufgerufen, „seine“ Regierung an der Hand – und wenn es sein muss, auch einmal in den Schwitzkasten – zu nehmen, damit die richtigen Maßnahmen eingeleitet werden. Nicht in jedem Land die gleichen, sondern maßgeschneidert jene, die national am dringendsten sind. Ihre Idee in Den Haag, lieber Herr Präsident Montezemolo, war eine sehr gute und notwendige, und ich denke, sie ist auch auf sehr fruchtbaren Boden gefallen. Dass das Reformtempo in vielen Mitgliedsländern der EU trotzdem nicht stimmt, liegt daher sicher nicht am mangelnden Engagement der Industrieverbände, sondern an der Unbeweglichkeit und Resistenz so mancher Regierung.

Aber Unternehmer sind hartnäckig und geben nicht so schnell auf. Wir werden und wir müssen dranbleiben, denn wir haben in Europa keine Alternative, als diesen Weg zu gehen, wenn wir wollen, dass auch in den kommenden 60 Jahren die politische und wirtschaftliche Erfolgsgeschichte Europas fortgeschrieben wird.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.